

Anke Spoorendonk Rede auf dem SSW-Neujahrsempfang am 16.01.2009 in Harrislee

Es gilt das gesprochene Wort!
Det talte ord gælder!

Sperrfrist: 16.01.2009, 19.00 Uhr

Landesverband

Schiffbrücke 42
24939 Flensburg

Pressesprecher
Lars Erik Bethge

Tel. (0461) 144 08 302
Mobil 0171 1922 464
presse@ssw-sh.de

Det er et bevæget år, vi har taget hul på i disse dage. Vi ved, at der venter et hårdt år forude. Indtil nu har de færreste af os heldigvis personligt erfaret, hvad vi går i møde. Men ingen af os kan åbne en avis eller tænde for fjernsynet uden at høre om bankkrak, finanskriser og økonomisk nedgang. Vi venter på den storm der er varslet og håber på, at der findes mennesker, som har overblik nok til at afbøde de værste skader.

For den normale borger kan det til tider være virkelig svært at følge, hvad der egentlig foregår for tiden. Efter at vi nu i årevis har hørt, hvor meget staten skal spare, så bliver der pludselig fundet trecifrede milliardbeløb til at redde banker og virksomheder. Det eneste vi forstår er, at det desværre er nødvendigt for at undgå at alting bryder sammen.

For SSW har det i de sidste måneder stået klart: Det der gøres, skal gøres for de normale borgere og ikke for at redde dem, der har forårsaget det hele. Det kan ikke være meningen, at det er dem, der tjener ærlige penge ved at gå på arbejde og passe deres job der nu skal betale gildet for dem, der har jongleret med penge som om hele Verden var et stort Matador-spil! Det må være målestokken og det – og kun det – er også grunden til, at vi har støttet de hjælpepakker, der er blevet lavet.

Det afgørende må være, at konjunkturprogrammer stabiliserer bestående arbejdspladser og skaber nye. Og det afgørende må være, at krisen ikke smadrer virksomheder, der har gode ideer og som er velfungerende men nu ikke kommer videre, fordi bankerne pludselig smækker kassen i. Dette er den kæmpemæssige udfordring, vi står overfor. Men om denne opgave virkelig kan løftes af dem, der regerer Tyskland og Slesvig-Holsten for tiden, kan man jo godt tvivle på, når man ser, hvordan de tackler sagen. Tysk politiks reaktion på den økonomiske krise er skuffende!



Es ist wenig beruhigend, dass wir gerade in ein Krisenjahr schlittern, während wir nicht nur eine Große Koalition am Ruder haben, sondern auch noch zahlreiche Wahlen anstehen. Das Berliner CDU-SPD-Bündnis jedenfalls hat diese Krise bisher katastrophal angepackt. Es ist bezeichnend, dass die erste Reaktion auf die Finanzkrise der Erlass der KFZ-Steuer für Neuwagen war. Kein Mensch kauft sich ein neues Auto, weil er 300 Euro KFZ-Steuern weniger bezahlt. Für den Staat sind hier aber Milliarden verpulvert worden. Dies ist symptomatisch, für die kopflose Politik der Großen Koalitionen!

Dem folgte ein Konjunkturprogramm, das viel zu klein war, um wirklich etwas zu bewegen. Und in dieser Woche folgte nun das Konjunkturpaket II, das auch mehr Kompromiss als Lösung zu sein scheint. CDU, CSU und SPD haben jeder in ihre Richtung gezogen und die Richtungsentscheidung heißt nun, dass die Große Koalition in alle Richtungen geht. Das Muster kennen wir auch nur allzu gut aus Schleswig-Holstein.

Ich möchte nicht verhehlen, dass besonders die angekündigten Steuererleichterungen mich skeptisch stimmen. Denn eines muss uns auch klar sein: das, was jetzt an Steuern mehr bei den Bürgern bleibt, steht zukünftig auch weniger für Bildung, Soziales oder Gesundheit zur Verfügung. Natürlich gönnen wir den Bürgerinnen und Bürgern mehr Geld in der Tasche. Ob die beschlossenen Steuererleichterungen für alle Einkommensgruppen, die in den meisten Fällen nicht mehr als 10 bis 20 Euro pro Monat bedeuten werden, aber jetzt wirklich helfen, die Konjunktur anzukurbeln, darf bezweifelt werden. Ich glaube, es geht hier vielmehr um ein Wahlgeschenk kurz vor der Bundestagswahl. Es kann aber nicht wahr sein, dass die CDU und die SPD diese schlimme Krise nutzen, um für sich noch Vorteile herauszuholen!

Wir können nur hoffen, dass die Menschen dieses Geld wirklich ausgeben und damit dazu beitragen, die Binnenkonjunktur zu stärken. Es wäre aber nur allzu verständlich, wenn viele in Krisenzeiten eher ans Sparen als ans Konsumieren denken. Dann wären wir aber gleich weit. Deshalb sind das wichtigste Mittel gegen die Krise immer noch öffentliche Investitionen. Der Straßenbau oder die Sanierung von Schulen sorgen für Arbeit, kommen allen Bürgern zugute und müssen irgendwann ohnehin getan werden.

Trotz aller Angst vor einer Rezession muss die Politik auch an übermorgen denken. Und eines ist sicher: Wenn die enormen Summen für Konjunkturförderung ausgegeben und die Krise hoffentlich überwunden ist, dann wird der Staat für lange Jahre kaum Geld mehr für solche notwendigen Maßnahmen haben. Es ist das Mindeste, dass die gepumpten Milliarden für die Stabilisierung der Konjunktur jetzt mit Köpfchen ausgegeben werden und nicht nur mit dem kurzfristigen Blick auf Wahlen!

Das Zaudern der Bundesregierung und das Hickhack von CDU, SPD und CSU um die Konjunkturprogramme haben wieder einmal gezeigt: Diesem Land fehlt es an einer Regierung mit klaren

Vorstellungen und Zielen. Von daher müsste es ein Grund zur Freude sein, dass in diesem Jahr noch eine Bundestagswahl stattfindet. Aber leider habe ich wenig Hoffnung, dass das Superwahljahr einen positiven Einfluss auf die langfristige Lösung der großen Probleme haben wird. Es wird wohl eher den blinden Aktionismus befördern. Jede Partei will den Wählern zeigen, dass sie ihnen persönlich am meisten geben und dass sie am besten die Krise meistern können. Das sieht man daran, wie sehr sich die Parteien in der Bundesregierung gerade um ein neues Profil bemühen. Nachdem Bundeskanzlerin Merkel jahrelang gezögert hat, will sie sich nun plötzlich als Macherin darstellen. Und Kanzlerkandidat Steinmeier, der als ehemaliger Kanzleramtsminister eine wesentliche Verantwortung für die Hartz-Reformen trägt, entdeckt nun plötzlich seine soziale Ader. Ich finde eine solche Politik, die sich nach dem Wahlkalender richtet, macht sich selbst unglaublich!

Noch schlimmer ist allerdings die Reaktion auf die Finanzkrise hierzulande – oder eher die Nicht-Reaktion. Denn viele Fragen zu recht: Wo ist Peter Harry Carstensen? Der Ministerpräsident hat sich vier Jahre lang kreuz und quer durchs Land gelacht und keine Gelegenheit zur Selbstdarstellung ausgelassen. Zum Thema Wirtschaftskrise ist er aber abgetaucht. Er begnügt sich damit, die Ankündigungen aus Berlin zu bejubeln, scheint aber ansonsten keine eigene Meinung geschweige denn eigene Ideen zu haben. Die öffentliche Diskussion prägen Finanzminister Wiegand, Innenminister Hay und Ex-Innenminister Stegner. Oder zumindest ihre Fotos. Denn auch sie schweigen zumeist, wenn es um wichtige Fragen geht.

Schleswig-Holstein braucht mehr denn je eine Regierung, die bei einem ernsthaften politischen Thema ebenso tatkräftig anpacken kann, wie es Peter Harry Carstensen ansonsten auf jedem Marktplatz und auf jedem Musikfestival tut. Aber auch in Schleswig-Holstein kratzt die Krise und auch hier wird gezauert statt geklotzt. Das zeigt schon das wochenlange Theater um die HSH-Nordbank. Die Reaktion auf die immer neuen schlechten Nachrichten über diese Landestochter war, dass die überwältigende Regierungsmehrheit erst einmal dichtmachte, sich wegduckte und die Opposition beschimpfte, wenn sie sich die Freiheit nahm, kritische Fragen zu stellen. Es ist schon bezeichnend, mit welcher Arroganz die berechtigten Einwände der Opposition abgebugelt wurden – ohne dass die Große Koalition selbst zu den Problemen Stellung bezog. Mit diesem Ausweichen erwecken die CDU und die SPD nur den Eindruck, dass ihr Personal so sehr in die Geschäftspolitiken der ehemaligen Landesbank verstrickt ist, dass sie die problematischen Seiten gar nicht mehr wahrnehmen. All das sind typische Nebenwirkungen dieses Regierungsbündnisses der Großen.

Der SSW hat schon 2005 davor gewarnt und wir können es gestärkt durch die Erfahrungen der letzten vier Jahre umso deutlicher sagen: Große Koalitionen haben die schlechteren Lösungen und sie machen die Parlamente zu ihrem Spielball. In einem Superwahljahr ist von ihnen schon gar nichts zu erwarten. Deshalb können wir gar nicht abwarten, dass sie abgelöst werden!

For SSW er 2009 først og fremmest året, hvor vi forbereder valget i 2010. Det må være det centrale. Jeg ved, at vi endnu ikke har drøftet, hvordan SSW skal forholde sig til forbunds-dagsvalget. Men uafhængigt af denne debat er det afgørende, at vi får et godt landdagsvalg. Det er her vi har vores slagkraft, det er her, vi kan flytte noget. Det er det, der må stå i centrum for alle vores overvejelser.

2008 var et godt år og 2010 bliver et endnu bedre år. Det skal vi sørge for her i 2009. Vi skal bruge året til at skabe gode rammebetingelser for, at vi alle kan drage i valgkamp senest i foråret 2010. Målet må være, at vi atter har tre mandater. Denne opgave kan vi dog ikke løfte alene. Vi har brug for alle hænder og alle hoveder. Vi har brug for godt humør. Og vi har brug for hele mindretallets solidaritet. Det er det, vi må arbejde for i 2009.

2008 war ein gutes Jahr für den SSW und 2010 wird ein noch besseres. Wir werden in 2009 die Saat dafür legen, dass wir in anderthalb Jahren wieder mit drei Abgeordneten im Landtag vertreten sind. In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein gutes neues Jahr, et godt nyt år än en gau nai iir.

